

Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates - öffentlich -

Datum: 17.03.2021

Ort: Stadthalle Chemnitz, Carlowitz-Saal (ehemals kleiner Saal), Theaterstraße 3, 09111 Chemnitz

Zeit: 15:04 Uhr - 20:50 Uhr

Vorsitzender: Herr Oberbürgermeister Sven Schulze

Beschlussfähigkeit

Soll: 61 Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin
Ist: 56 Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin

Anwesenheit

Entschuldigt

Herr Sven Bader	AfD-Stadtratsfraktion	dienstlich
Herr Dietmar Berger	Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI	privat

Verspätetes Erscheinen

Herr Tino Fritzsche	CDU-Ratsfraktion	15:09 Uhr, TOP 3
Herr Andreas Marschner	CDU-Ratsfraktion	15:24 Uhr, TOP 5
Herr Volkmar Zschocke	Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16:00 Uhr, TOP 6.1

Frühzeitiges Verlassen

Frau Susann Mäder	Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	19:15 Uhr, TOP 6.20
Frau Rebecca Thielemann	CDU-Ratsfraktion	18:40 Uhr, TOP 6.15

Zeitweilige Abwesenheit

Frau Diana Rabe	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ / Freie Sachsen	17:19 Uhr bis 17:44 Uhr
-----------------	---	----------------------------

beratend Teilnehmende

Herr Ralph Burghart	Bürgermeister Dezernat 5	ab TOP 6.2
Herr Miko Runkel	Bürgermeister Dezernat 3	
Herr Michael Stötzer	Bürgermeister Dezernat 6	

Bedienstete der Stadtverwaltung

Herr Ferenc Csák	Amtsleiter Kulturbetrieb
Frau Annetrin Falk	Amtsleiterin Rechnungsprüfungsamt
Herr Jens Fankhänel	Sachbearbeiter Geschäftsstelle des Stadtrates
Frau Angelika Härtel	Amtsleiterin Kämmereiamt
Frau Kristin Nicolaus	Sachbearbeiterin Geschäftsstelle des Stadtrates
Herr Matthias Nowak	Pressesprecher, Leiter Pressestelle
Frau Ramona Seidel	Abteilungsleiterin Geschäftsstelle des Stadtrates
Herr Thomas Tittel	Sachbearbeiter Geschäftsstelle des Stadtrates
Frau Cornelia Utech	Leiterin Pandemiemanagement
Frau Sabine Widmann	Leiterin Bereich Recht

Fraktionsangestellte

Frau Ramona Bothe-Christl	Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Dinh Hai Bui	FDP-Fraktion
Herr Stefan Kraatz	SDP-Fraktion
Herr Toni Kunert	CDU-Ratsfraktion
Herr René Mann	CDU-Ratsfraktion
Herr Bob Polzer	AfD-Stadtratsfraktion
Frau Anja Schale	Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI

Schriftführerin

Frau Carolin Müller	Sachbearbeiterin Geschäftsstelle des Stadtrates
---------------------	---

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Herr Oberbürgermeister Schulze begrüßt alle Anwesenden, Gäste sowie die Bürgerinnen und Bürger.

Herr Stadtrat Andres (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen) sagt, dass vor der Sitzung ein Test auf das Coronavirus stattfand und möchte sichergestellt haben, dass keine positiv getestete Person an der Sitzung teilnimmt.

Herr Oberbürgermeister Schulze antwortet, dass nur mit einem negativen Testergebnis der Saal betreten werden durfte.

Er führt fort, dass zur Sitzung ordnungs- und fristgemäß geladen wurde und der Stadtrat beschlussfähig ist. Er weist darauf hin, dass die Regelungen der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung während der gesamten Sitzung einzuhalten sind. Abschließend weist **Herr Oberbürgermeister Schulze** darauf hin, dass die Tagesordnungspunkte, welche aufgrund des Umfangs der Tagesordnung heute nicht behandelt werden können, in der morgigen Sitzung behandelt werden.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Herr Stadtrat Andres (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen) stellt den Geschäftsordnungsantrag, die Vorlage B-174/2020 (TOP 6.18) von der Tagesordnung abzusetzen.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Herr Stadtrat Andres (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen) beantragt aufgrund des Abstimmungsergebnisses den Beschlussantrag BA-015/2021 (TOP 8.6) vor der Beschlussvorlage B-174/2020 (TOP 6.18) zu behandeln.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Es gibt es keine weiteren Anträge zur Änderung der Tagesordnung. Diese ist somit festgestellt.

3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschriften der Sitzungen des Stadtrates - öffentlich - vom 03.02.2021 und 10.02.2021

Es gibt keine Einwendungen gegen die Niederschriften. Diese gelten somit als genehmigt.

4 Informationen des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Schulze berichtet zum aktuellen Stand des Infektionsgeschehens in der Stadt Chemnitz. Er nennt die Anzahl positiver Coronafälle, Neuinfektionen, Fälle von Mutationen sowie Todesfälle. Aufgrund der Steigerung der Zahlen werde das Personal im Pandemiemanagement wieder aufgestockt, wodurch eine taggleiche Kontaktnachverfolgung ermöglicht werde. Da die Sieben-Tage-Inzidenz bereits drei Tage über 100 liege, werden am Freitag die Lockerung wieder aufgehoben. Die Regelungen zum Umgang mit Kitas und Schulen bespreche der Freistaat am morgigen Tag. In der Stadt bleibe das Offenhalten dieser Einrichtungen aber das Ziel. **Herr Oberbürgermeister Schulze** wünscht sich mehr Transparenz in den geltenden Regelungen. Abschließend informiert er zu den Handlungsfeldern der Stadt. Diese sind die Testungen, Impfungen und die Öffnungsstrategie.

5 Fraktionserklärungen aus aktuellem Anlass

Herr Stadtrat Martin Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen) meint, wenn nicht nach Kranken, sondern nach infizierten Personen gefragt werde, würde die Pandemie nicht enden. Es sei Zeit, dass Herr Oberbürgermeister Schulze gegenüber der Landesregierung sage, dass in Chemnitz keine Einschränkungen mehr durchgeführt werden.

Herr Stadtrat Dr. Dringenberg (AfD-Stadtratsfraktion) schildert, dass in der letzten Sitzung die Verstetigung der Bürgerplattformen beschlossen und dabei die Trägerschaft mehrerer Bürgerplattformen ausgeschlossen wurde, wodurch einige Plattformen um ihre Existenz bangen würden. Zu diesem Thema werde es einen Beschlussantrag seiner Fraktion in der Sitzung des Stadtrates im September geben. Die jetzige, durch den Oberbürgermeister erlassene Regelung solle daher bis Ende September verlängert werden, damit der Stadtrat die Fehlentscheidung korrigieren könne.

6 Beschlussvorlagen

6.1 Wahl der/des Beigeordneten für das Dezernat 1
Vorlage: B-071/2021 aktuell Einreicher: Oberbürgermeister

Aufgrund der Befangenheit von Herrn Bürgermeister Burghart nimmt dieser im Zuschauerbereich Platz.

Es wurden zwei Aktualisierungen der Vorlage ausgereicht.

Herr Bürgermeister Burghart stellt sich vor und nennt Schwerpunkte, die er in seiner Arbeit setzen würde.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) fragt aufgrund der Wahl als Bürgermeister des Dezernates 5 im Jahr 2018 und der jetzigen Bewerbung als Bürgermeister des Dezernates 1, wie viel Beständigkeit von Herrn Bürgermeister Burghart zu erwarten sei. Er möchte bezüglich des Themas Transparenz wissen, wie Herr Burghart das zukünftig ändern wolle.

Herr Bürgermeister Burghart antwortet, dass er sich bereits 2015 für dieses Amt beworben habe und das Interesse schon immer bestand. Er erinnert daran, dass er bereits gesagt habe, dass in manchen Bereichen nicht gut gearbeitet wurde. Es gehe dann darum, das zukünftig anders zu gestalten.

Frau Stadträtin Kuhfuß (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) möchte wissen, was seine Ideen seien, um Frauen in Führungspositionen zu stärken und wie er das Dilemma zwischen dem Zwei-Jahres-Haushalt und dem Punkt, dass er Chemnitz zum besten Arbeitgeber der Region machen wolle, lösen werde.

Herr Bürgermeister Burghart entgegnet, dass sich interne Ziele gesetzt werden können, bei denen es darum gehe, Potentiale zu erkennen und kontinuierlich zu fördern. Auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sei ein Thema. Er wolle mit den Kolleginnen über mögliche Hindernisse für eine Bewerbung sprechen und diese anschließend abbauen. Der Umfang der Stellen im Haushalt entspreche den jetzigen Aufgaben. Durch Digitalisierung oder auch Modernisierung der Aufgaben müsse man die Strukturen und Inhalte prüfen und Kapazitäten ändern.

Herr Stadtrat Andres (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen) fragt, inwieweit die Stadt dafür kämpfe, zukünftig Diverse in Führungspositionen zu bringen. Er sagt weiter, dass es in manchen Bereichen der Verwaltung viele Frauen und in anderen Bereichen viele Männer gebe und möchte wissen, ob dahingehend ein Ausgleich geschaffen werden solle.

Herr Bürgermeister Burghart antwortet, dass echte Entwicklungen immer möglich sein können. Wer Führungskraft werden möchte, solle auch die Möglichkeit dazu bekommen.

Herr John (Bewerber als Beigeordneter Dezernat 1) bedankt sich für die Gelegenheit der Vorstellung und stellt anschließend sich und seine Ziele vor.

Herr Stadtrat Gintschel (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) fragt, wie Herr John seine Möglichkeiten als Finanzdezernent sehe, Dienstleister für die gesamte Bevölkerung der Stadt zu sein.

Herr John antwortet, dass es beispielsweise bei der Prozessgestaltung darum gehe, für die Bürger und die Unternehmen gut erreichbar zu sein. Für die Bürger müsse man Schwellen für eine gute Erreichbarkeit abbauen und alle Gruppen der Bevölkerung betrachten.

Frau Dr. Dr. Schlegel (Bewerberin als Beigeordnete Dezernat 1) stellt sich und ihre Qualifikationen vor.

Es gibt keine Fragen an die Bewerberin.

Herr Oberbürgermeister Schulze informiert zum allgemeinen Ablauf der Wahlen und erläutert den Stimmzettel. Für die Wahlen am heutigen Tag werden als Wahlkommission Frau Schale, Herr Mann, Herr Kraatz und Herr Tittel als Schriftführer vorgeschlagen.

Abstimmung über die Wahlkommission

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

- Wahlhandlung –

Herr Oberbürgermeister Schulze gibt das Wahlergebnis bekannt.

anwesende Stimmberechtigte: 59
abgegebene Stimmen: 59

davon

gültige Stimmen 58
Stimmenthaltungen 1

Von den gültigen Stimmen entfielen auf

Herrn Ralph Burghart 34 Stimmen
Herrn Robin John 18 Stimmen
Frau Dr. Dr. Sandra Schlegel 6 Stimmen

Auf weitere Bewerber entfielen keine Stimmen.

Herr Burghart hat die erforderliche Mehrheit erreicht und ist somit gewählt.

Herr Oberbürgermeister Schulze erteilt sein Einvernehmen zur Wahl und Herr Burghart nimmt die Wahl an.

Beschluss B-071/2021 aktuell

Der Stadtrat wählt Herrn Ralph Burghart als den Beigeordneten für das Dezernat 1 ab 01.04.2021 für die Dauer von sieben Jahren mit der Amtsbezeichnung Bürgermeister.

- Sitzungspause von 16:17 Uhr bis 16:30 Uhr -

6.2 Gründung der Kulturhauptstadt Europas Chemnitz 2025 GmbH
Vorlage: B-043/2021 Einreicher: Dezernat 1/Amt 20/Dezernat 5/Amt 41

Es wurde ein Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ausgereicht.

Herr Stadtrat Falk Müller (AfD-Stadtratsfraktion) bringt einen Änderungsantrag ein und erklärt, dass jede Fraktion im Aufsichtsrat vertreten sein solle.

Frau Stadträtin Kuhfuß (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zieht den Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft zurück.

Herr Stadtrat Bartl (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) führt aus, dass die Gründung der Gesellschaft sehr wichtig für die Kulturhauptstadt sei. Er geht anschließend auf die gesetzlichen Regelungen zur Gründung einer GmbH ein.

Der Stadtrat wurde nicht erst mit der Vorlage zur Gründung über die GmbH über Chancen und Risiken informiert, sondern konnte im gesamten Prozess aktiv mitwirken. Die Spezifik dieser GmbH sei, dass man auch mit nationaler und internationaler Beteiligung und unter Beobachtung arbeite. Die Kulturhauptstadt 2025 sei eine Ehre aber auch eine Herausforderung und ein Zwang, in der Besetzung der Organe der Gesellschaft auch die Besonderheiten des Kulturhauptstadtprozesses zuzulassen. Da diese Gründung im Bidbook enthalten war, sei diese auch Teil der Juryentscheidung gewesen. Er geht anschließend auf die Einbindung des Stadtrates ein, welche durch einen Strategieausschuss gesichert werden solle. Der Aufsichtsrat selbst solle nur mit einem Stadtratsmitglied besetzt sein, welches die anderen Stadtratsmitglieder nach Sächsischer Gemeindeordnung informieren müsse. Eine Aufstockung sei aufgrund der gesetzlichen Vorgaben nur so möglich, dass externe Sachverständige wegfallen würden. Seine Fraktionsgemeinschaft ist dafür, nicht auf externe Sachverständige zu verzichten und werde daher der Vorlage zustimmen.

Frau Stadträtin Meyer (SPD-Fraktion) wirbt auch hinsichtlich der Besetzung für die Vorlage. Ihre Fraktion sehe sich durch einen Expertenrat von externen Sachverständigen besser vertreten als durch das Spiegelbild der Fraktionen.

Herr Stadtrat Andres (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen) fragt, warum die GmbH 60 Mitglieder brauche. Seine Fraktion sehe die Kulturhauptstadt 2025 sehr kritisch. Er habe sich die letzte Kulturhauptstadt angeschaut. Dahin sei kaum jemand gereist. Die GmbH solle nicht gegründet werden, dafür in der Verwaltung eine Struktur mit weniger Mitarbeitern geschaffen werden.

Herr Stadtrat Falk Müller (AfD-Stadtratsfraktion) konkretisiert den Änderungsantrag seiner Fraktion. Der Aufsichtsrat solle aus 15 Mitgliedern bestehen. Darin seien sechs Sachverständige und sieben Stadtratsmitglieder vertreten.

Abstimmung über den Änderungsantrag

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschluss B-043/2021

Der Stadtrat beschließt, den Oberbürgermeister zu ermächtigen, allen notwendigen Beschlüssen und Rechtshandlungen zur Gründung der Kulturhauptstadt Europas Chemnitz 2025 GmbH auf Basis des Gesellschaftsvertrages entsprechend Anlage 4 einschließlich aller ggf. notwendigen redaktionellen Änderungen aufgrund von behördlichen oder gerichtlichen Anforderungen zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

6.3 Hauptsatzung der Stadt Chemnitz
Vorlage: B-064/2021 Einreicher: Oberbürgermeister

Es wurde ein gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI und der SPD-Fraktion und eine Aktualisierung dieses gemeinsamen Änderungsantrages sowie ein Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion ausgereicht.

Frau Stadträtin Mäder (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, dass man in der heutigen Zeit soweit sei, dass Texte geschlechtersensibel angepasst werden können.

Herr Stadtrat Dr. Dringenberg (AfD-Stadtratsfraktion) führt aus, dass die Verwaltungssprache bislang eine Arbeitssprache gewesen sei, welche verständlich war. Mit einer Änderung werde nichts gewonnen und die sprachliche Präzession würde verloren gehen. Eine Erweiterung stelle nur einen Anhang der weiblichen an die männliche Form dar. Das würde dazu führen, dass Satzungen oder Ähnliches unverständlich werden würden. Die bisherige Regelung solle seiner Meinung nach beibehalten werden.

Frau Stadträtin Juler (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) führt aus, dass es im Wesentlichen darum gehe, wie Personen in Texten bezeichnet werden, ohne dass sich jemand ausgeschlossen oder diskriminiert fühle. Das Wehren gegen die Änderung der Sprache liege in den Konzepten der Sprache, welche es bereits seit Jahrzehnten gebe und die Angst des Identitätsverlustes, wenn die eigene Sprache novelliert werde. Man verliere nichts, wenn man die Sprache an die heutige Gesellschaft anpasse. Sprache verändere sich. Es sei wichtig, die richtige Form des Genderns zu wählen und Konzepte zu erarbeiten. Die Verwaltung solle deshalb mit der Gleichstellungsbeauftragten ein Sprachkonzept entwickeln, welches nochmals besprochen werden solle.

Herr Stadtrat Tillmann (FDP-Fraktion) stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte.

Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion) spricht gegen den Geschäftsordnungsantrag. Ihre Fraktion habe noch einen Änderungsantrag, welchen sie einbringen wolle.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Herr Stadtrat Martin Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen) führt aus, dass es weibliche Wörter für den Ausdruck einer Mehrzahl gebe. Diese beinhalte auch die Männer. Das generische Femininum werde jedoch nicht angepasst. Es sei unlogisch, dass nur grammatikalisch maskuline Wörter angepasst werden sollen.

Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion) bringt einen Änderungsantrag ihrer Fraktion ein. Die Gleichstellungsbeauftragte solle zuerst Vorschläge für die geschlechtersensible Sprache einbringen. Die Verordnungen müssen weiterhin verständlich und für den Bürger nachvollziehbar bleiben.

Frau Stadträtin Rabe (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen) führt aus, dass es sich bei Sprachwandel um einen natürlichen Wandel aus der Bevölkerung heraus handle und nicht von oben diktiert werde. Sie nennt dafür ein Beispiel aus der Vergangenheit. Hier handle es sich um Sprachdiktierung.

Frau Stadträtin Tschök-Engelhardt (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bittet um eine Auszeit.

- Sitzungsunterbrechung von 17:03 Uhr bis 17:08 Uhr -

Herr Stadtrat Bartl (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) geht auf die Anhebung der Wertgrenzen in § 12 Abs 3 Nummer 7 der Hauptsatzung ein. Für seine Fraktionsgemeinschaft sei dieser große Schritt nicht ausreichend begründet. Er bringt einen Änderungsantrag zu dieser Wertgrenze ein.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) erklärt, dass seine Fraktion möchte, dass die Wertgrenzen so bestehen bleiben wie bisher. Die Transparenz solle beibehalten werden.

Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Abstimmung über den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI, SPD-Fraktion

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(25 Ja-Stimmen, 32 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Abstimmung über den Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Beschluss B-064/2021

1. Der Stadtrat beschließt die Hauptsatzung gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.
2. Die Gleichstellungsbeauftragte wird beauftragt, bis 30.06.2021 Vorschläge zu unterbreiten, die geeignet sind, der verbalen Gleichstellung der Geschlechter in den Formulierungen der Hauptsatzung zu entsprechen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

- 6.4 1. Satzung zur Änderung der Satzung des Jugendamtes der Stadt Chemnitz
Vorlage: B-023/2021 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51
-

Es wurde eine Änderung der Verwaltung ausgereicht.

Es gibt keinen Handlungsbedarf.

Beschluss B-023/2021

Der Stadtrat beschließt die 1. Satzung zur Änderung der Satzung des Jugendamtes der Stadt Chemnitz gemäß Anlage 1.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

- 6.5 Abberufung einer sachkundigen Einwohnerin aus dem Seniorenbeirat der Stadt Chemnitz und Neuberufung einer sachkundigen Einwohnerin/eines sachkundigen Einwohners in den Seniorenbeirat der Stadt Chemnitz
Vorlage: B-045/2021 Einreicher: Oberbürgermeister
-

Frau Stadträtin Juler (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) sagt, dass ihre Fraktionsgemeinschaft dem Votum des Ausschusses folgen werde. Sie weist darauf hin, dass zukünftig darauf geachtet werden solle, dass das nachrückende Mitglied das gleiche Geschlecht habe, wie das ausscheidende Mitglied.

Abstimmung über Punkt 1 der Beschlussvorlage

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

- Wahlhandlung und anschließende Sitzungspause von 17:20 Uhr bis 17:37 Uhr -

Herr Oberbürgermeister Schulze gibt das Wahlergebnis bekannt.

anwesende Stimmberechtigte:	59
abgegebene Stimmen:	58

davon

gültige Stimmen	57
ungültige Stimmen	1

Von den gültigen Stimmen entfielen auf

Frau Ursula Liske	10 Stimmen
Herrn Dr. Axel Weber	43 Stimmen
Frau Renate Mäding	4 Stimmen

Auf weitere Bewerber entfielen keine Stimmen.

Herr Dr. Weber hat die erforderliche Mehrheit erreicht und ist somit gewählt.

Beschluss B-045/2021

Der Stadtrat beruft Frau Franziska Wendler aus persönlichem Grund aus dem Seniorenbeirat ab.

Der Stadtrat beruft widerruflich Herrn Dr. Axel Weber als sachkundigen Einwohner in den Seniorenbeirat der Stadt Chemnitz auf der Grundlage des § 11 Abs. 6 der Hauptsatzung der Stadt Chemnitz bis Ende der derzeitigen Wahlperiode durch Wahl nach § 39 Abs. 7 SächsGemO aus den eingereichten Bewerbervorschlägen.

- 6.6 Wahl einer Friedensrichterin / eines Friedensrichters für den Schiedsstellenbezirk VI der Stadt Chemnitz
Vorlage: B-008/2021 Einreicher: Dezernat3/Amt 30
-

Es wurde eine Änderung der Verwaltung ausgereicht.

Es gibt keinen Verhandlungsbedarf.

Da es keinen Widerspruch gibt, findet offene Wahl statt.

Wahl über Herrn Dr. Axel Mrwa

Wahlergebnis: einstimmig gewählt

Beschluss B-008/2021

Der Stadtrat wählt für den Schiedsstellenbezirk VI Herrn Dr. Axel Mrwa als Friedensrichter.

- 6.7 Wahl und Entsendung von Vertretern der Stadt Chemnitz zur 41. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 29. Juni bis 1. Juli 2021 in Erfurt
Vorlage: B-052/2021 Einreicher: Oberbürgermeister
-

Es gibt keinen Verhandlungsbedarf.

Abstimmung über das Benennungsverfahren

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

Beschluss B-052/2021

Der Stadtrat beschließt die Zusammensetzung der Delegation im Benennungsverfahren nach § 42 Abs. 2 Satz 4 SächsGemO i. V. m. § 23 Abs. 6 Satz 2 Geschäftsordnung Stadtrat entsprechend dem nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren ermittelten Stärkeverhältnis.

Die CDU-Ratsfraktion benennt Herrn Jürgen Leistner und die Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI benennt Frau Carolin Juler zur Teilnahme an der 41. ordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages.

- 6.8 Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern der WeTraC Wertstoff-Transport Chemnitz GmbH
Vorlage: B-051/2021 Einreicher: Dezernat 1/Amt 20
-

Es gibt keinen Verhandlungsbedarf

Abstimmung über Punkt 1 der Beschlussvorlage

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Da mehr Wahlvorschläge eingegangen sind, als Plätze zu besetzen sind, kann keine Einigung erfolgen.

Da es keinen Widerspruch gibt, kann der Verwaltungsvertreter offen gewählt werden.

Wahl von Herrn Miko Runkel als Verwaltungsvertreter

Wahlergebnis: mehrheitlich gewählt

Abstimmung über das Benennungsverfahren

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Anschließend findet der Losentscheid über den dritten zu besetzenden Platz zwischen der AfD-Stadtratsfraktion und der Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN statt. **Herr Stadtrat Dr. Füsslein (FDP-Fraktion)** nimmt die Losziehung vor.

Losziehung zwischen der AfD-Stadtratsfraktion und der Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ergebnis der Losziehung: AfD-Stadtratsfraktion

Beschluss B-051/2021

1. Der Stadtrat beschließt, die bisherigen vom Stadtrat gewählten bzw. entsandten Aufsichtsratsmitglieder der WeTraC Wertstoff-Transport Chemnitz GmbH (WeTraC GmbH) Herrn Bürgermeister Miko Runkel (Verwaltungsvertreter), Herrn Jürgen Leistner (CDU-Ratsfraktion), Herrn Nico Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) sowie Herrn Thomas Scherzberg (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) abzuberufen.
2. Der Stadtrat wählt und bestimmt widerruflich Herrn Miko Runkel in den Aufsichtsrat der WeTraC Wertstoff-Transport Chemnitz GmbH.

Der Stadtrat beschließt die widerrufliche Entsendung der drei Mitglieder

Herr Jürgen Leistner, CDU-Ratsfraktion
Herr Thomas Scherzberg, Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI
Herr Nico Köhler, AfD-Stadtratsfraktion Chemnitz

in den Aufsichtsrat der WeTraC Wertstoff-Transport Chemnitz gemäß § 98 Abs. 2 Satz 2 i. V. m. § 42 Abs. 2 Satz 4 SächsGemO im Benennungsverfahren entsprechend dem ermittelten Stärkeverhältnis der Fraktionen.

- 6.9 Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern der Grundstücks- und Gebäudewirtschafts-Gesellschaft m.b.H. (GGG)

Vorlage: B-053/2021

Einreicher: Dezernat 1/Amt 20

Es gibt keinen Verhandlungsbedarf

Abstimmung über Punkt 1 der Beschlussvorlage

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Da mehr Wahlvorschläge eingegangen sind, als Plätze zu besetzen sind, kann keine Einigung erfolgen.

Da es keinen Widerspruch gibt, können die Verwaltungsvertreter offen gewählt werden.

Wahl von Herrn Michael Stötzer als Verwaltungsvertreter

Wahlergebnis: mehrheitlich gewählt

Wahl von Herrn Miko Runkel als Verwaltungsvertreter

Wahlergebnis: mehrheitlich gewählt

Abstimmung über das Benennungsverfahren

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Anschließend findet der Losentscheid über den zehnten zu besetzenden Platz zwischen der AfD-Stadtratsfraktion und der Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN statt. **Herr Stadtrat Dr. Füsslein (FDP-Fraktion)** nimmt die Losziehung vor.

Losziehung zwischen der AfD-Stadtratsfraktion und der Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ergebnis der Losziehung: AfD-Stadtratsfraktion

Beschluss B-053/2021

1. Der Stadtrat beschließt, die bisherigen vom Stadtrat gewählten bzw. entsandten Aufsichtsratsmitglieder der Grundstücks- und Gebäudewirtschafts-Gesellschaft m.b.H. (GGG) Herrn Bürgermeister Michael Stötzer (Verwaltungsvertreter), Herrn Bürgermeister Miko Runkel (Verwaltungsvertreter), Herrn Falk Ulbricht (CDU- Ratsfraktion), Frau Verena Neugebauer-Zeidler (CDU-Ratsfraktion), Herrn Otto Günter Boden (AfD-Stadtratsfraktion Chemnitz), Herrn Falk Müller (AfD-Stadtratsfraktion Chemnitz), Herrn Dietmar Berger (DIE LINKE/Die PARTEI), Herrn Klaus Bartl (DIE LINKE/Die PARTEI), Herrn Jörg Vieweg (SPD-Fraktion), Frau Christin Furtenbacher (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Herrn Jan Weinhold (benannt von der Ratsfraktion PRO CHEMNITZ), Herrn Gordon Tillmann (FDP-Fraktion) abzubrufen.
2. Der Stadtrat wählt und bestimmt widerruflich Herrn Michael Stötzer und Herrn Miko Runkel in den Aufsichtsrat der Grundstücks- und Gebäudewirtschafts-Gesellschaft m.b.H. (GGG).

Der Stadtrat beschließt die widerrufliche Entsendung der zehn Mitglieder

Frau Neugebauer-Zeidler, CDU-Ratsfraktion

Herr Falk Ulbricht, CDU-Ratsfraktion

Herr Klaus Bartl, Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI

Herr Dietmar Berger, Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI

Herr Falk Müller, AfD-Stadtratsfraktion Chemnitz

Herr Günter Boden, AfD-Stadtratsfraktion Chemnitz

Herr Sascha Thümmler, benannt von der Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN

Herr Jörg Vieweg, SPD-Fraktion

Herr Jan Weinhold, benannt von der Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/
Freie Sachsen

Herrn Gordon Tillmann, FDP-Fraktion

in den Aufsichtsrat der Grundstücks- und Gebäudewirtschafts-Gesellschaft m.b.H. (GGG) gemäß § 98 Abs. 2 Satz 2 i. V. m. § 42 Abs. 2 Satz 4 SächsGemO im Benennungsverfahren entsprechend dem ermittelten Stärkeverhältnis der Fraktionen.

6.10 Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern der wohnen in chemnitz gmbh
Vorlage: B-054/2021 Einreicher: Dezernat 1/Amt 20

Es gibt keinen Handlungsbedarf

Abstimmung über Punkt 1 der Beschlussvorlage

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

Da mehr Wahlvorschläge eingegangen sind, als Plätze zu besetzen sind, kann keine Einigung erfolgen.

Da es keinen Widerspruch gibt, können die Verwaltungsvertreter offen gewählt werden.

Wahl von Frau Simone Kalew als Verwaltungsvertreterin

Wahlergebnis: mehrheitlich gewählt

Wahl von Herrn Michael Stötzer als Verwaltungsvertreter

Wahlergebnis: mehrheitlich gewählt

Abstimmung über das Benennungsverfahren

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Anschließend findet der Losentscheid über den dritten zu besetzenden Platz zwischen der AfD-Stadtratsfraktion und der Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN statt. **Herr Stadtrat Dr. Füsslein (FDP-Fraktion)** nimmt die Losziehung vor.

Losziehung zwischen der AfD-Stadtratsfraktion und der Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ergebnis der Losziehung: AfD-Stadtratsfraktion

Beschluss B-054/2021

1. Der Stadtrat beschließt, die bisherigen vom Stadtrat gewählten bzw. entsandten Aufsichtsratsmitglieder der wohnen in chemnitz gmbh Herrn Bürgermeister Michael Stötzer (Verwaltungsvertreter), Herrn Falk Ulbricht (CDU- Ratsfraktion), Herrn Nico Köhler (AfD-Stadtratsfraktion Chemnitz), Herrn Dietmar Berger (DIE LINKE/Die PARTEI) und Frau Simone Kalew (Vertreterin der GGG) abzuuberufen.
2. Der Stadtrat wählt und entsendet widerruflich Frau Simone Kalew und Herrn Michael Stötzer in den Aufsichtsrat der wohnen in chemnitz gmbh.

Der Stadtrat beschließt die widerrufliche Entsendung der weiteren drei Mitglieder

Herr Falk Ulbrich, CDU- Ratsfraktion
Herr Dietmar Berger, Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI
Herr Nico Köhler, AfD-Stadtratsfraktion Chemnitz

in den Aufsichtsrat der wohnen in chemnitz gmbh gemäß § 98 Abs. 2 Satz 2 i. V. m. § 42 Abs. 2 Satz 4 SächsGemO im Benennungsverfahren entsprechend dem ermittelten Stärkeverhältnis der Fraktionen.

6.11 Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern der KommunalBau Chemnitz GmbH
Vorlage: B-055/2021 Einreicher: Dezernat 1/Amt 20

Es gibt keinen Verhandlungsbedarf

Abstimmung über Punkt 1 der Beschlussvorlage

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

Da mehr Wahlvorschläge eingegangen sind, als Plätze zu besetzen sind, kann keine Einigung erfolgen.

Da es keinen Widerspruch gibt, können die Verwaltungsvertreter offen gewählt werden.

Wahl von Frau Roswitha Kurth als Verwaltungsvertreterin

Wahlergebnis: mehrheitlich gewählt

Wahl von Herrn Michael Stötzer als Verwaltungsvertreter

Wahlergebnis: mehrheitlich gewählt

Abstimmung über das Benennungsverfahren

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Anschließend findet der Losentscheid über den dritten zu besetzenden Platz zwischen der AfD-Stadtratsfraktion und der Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN statt. **Herr Stadtrat Dr. Füsslein (FDP-Fraktion)** nimmt die Losziehung vor.

Losziehung zwischen der AfD-Stadtratsfraktion und der Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ergebnis der Losziehung: Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Beschluss B-055/2021

1. Der Stadtrat beschließt, die bisherigen vom Stadtrat gewählten bzw. entsandten Aufsichtsratsmitglieder der KommunalBau Chemnitz GmbH (KBC) Herrn Bürgermeister Michael Stötzer (Verwaltungsvertreter), Herrn Dr. Alexander Haentjens (benannt von der CDU- Ratsfraktion), Herrn Dietmar Berger (DIE LINKE/Die PARTEI), Herrn Bob Polzer (AfD-Stadtratsfraktion Chemnitz) und Frau Roswitha Kurth (Vertreterin der Grundstücks- und Gebäudewirtschafts-Gesellschaft m.b.H. - GGG) abzuwählen.
2. Der Stadtrat wählt und entsendet widerruflich Frau Roswitha Kurth und Herrn Michael Stötzer in den Aufsichtsrat der KommunalBau Chemnitz GmbH (KBC):

Der Stadtrat beschließt die widerrufliche Entsendung der weiteren drei Mitglieder

Herr Dr. Alexander Haentjens, benannt von der CDU- Ratsfraktion
Herr Dietmar Berger, Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI
Herr Bernhard Herrmann, Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

in den Aufsichtsrat der KommunalBau Chemnitz GmbH (KBC) gemäß § 98 Abs. 2 Satz 2 i. V. m. § 42 Abs. 2 Satz 4 SächsGemO im Benennungsverfahren entsprechend dem ermittelten Stärkeverhältnis der Fraktionen.

6.12 Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern der Fortbildungszentrum Chemnitz gGmbH
Vorlage: B-057/2021 Einreicher: Dezernat 1/Amt 20

Es gibt keinen Handlungsbedarf

Abstimmung über Punkt 1 der Beschlussvorlage

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

Da es Widerspruch gibt, kann keine Einigung erfolgen.

Da es keinen Widerspruch gibt, können die Verwaltungsvertreter offen gewählt werden.

Wahl von Herrn Ralph Burghart als Verwaltungsvertreter

Wahlergebnis: mehrheitlich gewählt

Wahl von Herrn Thomas Hohlfeld als Vertreter der Heim gGmbH

Wahlergebnis: mehrheitlich gewählt

Wahl von Frau Dorett Sauer als Vertreterin der Heim gGmbH

Wahlergebnis: mehrheitlich gewählt

Wahl von Herrn Dr. Hans-Joachim Winterling als Vertreter der Heim gGmbH

Wahlergebnis: mehrheitlich gewählt

Wahl von Frau Kathrin Rorig als Vertreterin der Heim gGmbH

Wahlergebnis: mehrheitlich gewählt

Abstimmung über das Benennungsverfahren

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Beschluss B-057/2021

1. Der Stadtrat beschließt, die bisherigen vom Stadtrat gewählten bzw. entsandten Aufsichtsratsmitglieder der Fortbildungszentrum Chemnitz gGmbH (FBZ) Herrn Bürgermeister Ralph Burghart (Verwaltungsvertreter), Herrn Thomas Hohlfeld (Vertreter der Heim gGmbH), Frau Dorett Sauer (Vertreterin der Heim gGmbH), Herrn Dr. Hans-Joachim Winterling (Vertreter der Heim gGmbH), Frau Michaela Hertrampf (Vertreterin der Heim gGmbH), Herrn Andreas Marschner (Stadtrat, CDU-Ratsfraktion) und Frau Diana Rabe (Stadträtin, AfD-Stadtratsfraktion) abuberufen.

2. Der Stadtrat wählt und entsendet widerruflich

Herrn Ralph Burghart
Herrn Thomas Hohlfeld
Frau Dorett Sauer
Herrn Dr. Hans-Joachim Winterling
Frau Kathrin Rorig

in den Aufsichtsrat der Fortbildungszentrum Chemnitz gGmbH.

Der Stadtrat beschließt die widerrufliche Entsendung der weiteren zwei Mitglieder

Herr Andreas Marschner, CDU-Ratsfraktion
Frau Sabine Brünler, Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI)

in den Aufsichtsrat der Fortbildungszentrum Chemnitz gGmbH gemäß § 98 Abs. 2 Satz 2 i. V. m. § 42 Abs. 2 Satz 4 SächsGemO im Benennungsverfahren entsprechend dem ermittelten Stärkeverhältnis der Fraktionen.

6.13 Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern der eins energie in sachsen GmbH & Co. KG
Vorlage: B-058/2021 Einreicher: Dezernat 1/Amt 20

Es gibt keinen Verhandlungsbedarf

Abstimmung über Punkt 1 der Beschlussvorlage

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

Da mehr Wahlvorschläge eingegangen sind, als Plätze zu besetzen sind, kann keine Einigung erfolgen.

Da es keinen Widerspruch gibt, können die Verwaltungsvertreter offen gewählt werden.

Wahl von Herrn Sven Schulze als Verwaltungsvertreter

Wahlergebnis: mehrheitlich gewählt

Wahl von Herrn Miko Runkel als Verwaltungsvertreter

Wahlergebnis: mehrheitlich gewählt

Abstimmung über das Benennungsverfahren

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Anschließend findet der Losentscheid über den dritten zu besetzenden Platz zwischen der AfD-Stadtratsfraktion und der Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN statt. **Herr Stadtrat Dr. Füsslein (FDP-Fraktion)** nimmt die Losziehung vor.

Losziehung zwischen der AfD-Stadtratsfraktion und der Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ergebnis der Losziehung: AfD-Stadtratsfraktion

Beschluss B-058/2021

1. Der Stadtrat beschließt, die bisherigen vom Stadtrat gewählten Aufsichtsratsmitglieder der eins energie in sachsen GmbH & Co. KG, Herrn Oberbürgermeister Sven Schulze, Herrn Bürgermeister Miko Runkel, Herrn Tino Fritzsche (Stadtrat), Herrn Hans-Joachim Siegel (Stadtrat) und Herrn Steffen Wegert (Stadtrat) der Kommunalen Versorgungsdienstleistungsgesellschaft Chemnitz mbH (KVC) zur Abberufung vorzuschlagen.
2. Der Stadtrat schlägt der KVC zur Entsendung in den Aufsichtsrat der eins energie in sachsen GmbH & Co. KG Herrn Sven Schulze und Herrn Miko Runkel vor.

Der Stadtrat beschließt die widerrufliche Bestimmung der weiteren drei Mitglieder

Herr Tino Fritzsche, CDU-Ratsfraktion
Herr Hans-Joachim Siegel, Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI
Herr Steffen Wegert, AfD-Stadtratsfraktion

in den Aufsichtsrat der eins energie in sachsen GmbH & CO. KG gemäß § 98 Abs. 2 Satz 2 i. V. m. § 42 Abs. 2 Satz 4 SächsGemO im Benennungsverfahren entsprechend dem ermittelten Stärkeverhältnis der Fraktionen und schlägt diese der KVC für die Entsendung in den Aufsichtsrat der eins energie in sachsen GmbH & Co. KG vor.

6.14 Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern der Städtischen Theater Chemnitz gGmbH
Vorlage: B-059/2021 Einreicher: Dezernat 1/Amt 20

Es gibt keinen Verhandlungsbedarf

Abstimmung über Punkt 1 der Beschlussvorlage

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Da es Widerspruch gibt, kann keine Einigung erfolgen.

Da es keinen Widerspruch gibt, können die Verwaltungsvertreter offen gewählt werden.

Wahl von Herrn Ralph Burghart als Verwaltungsvertreter

Wahlergebnis: mehrheitlich gewählt

Abstimmung über das Benennungsverfahren

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Beschluss B-059/2021

1. Der Stadtrat beschließt, die bisherigen vom Stadtrat gewählten bzw. entsandten Aufsichtsratsmitglieder der Städtischen Theater Chemnitz gGmbH (STC) Herrn Bürgermeister Ralph Burghart (Verwaltungsvertreter), Frau Almut Patt (CDU-Ratsfraktion), Herrn Jürgen Leistner (CDU-Ratsfraktion), Herrn Ronald Preuß (AfD-Stadtratsfraktion), Frau Diana Rabe (AfD-Stadtratsfraktion), Herrn Hubert Gintschel (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) Herrn Klaus Bartl (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) Frau Manuela Tschök-Engelhardt (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Frau Julia Bombien (SPD-Fraktion) und Herr Jörg List (benannt von Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) abuberufen.
2. Der Stadtrat wählt und entsendet widerruflich Herrn Ralph Burghart in den Aufsichtsrat der Städtischen Theater Chemnitz gGmbH.

Der Stadtrat beschließt die widerrufliche Entsendung der weiteren neun Mitglieder

Frau Almut Patt, CDU-Ratsfraktion
Herr Jürgen Leistner, CDU-Ratsfraktion
Herr Klaus Bartl, Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI
Herr Hubert Gintschel, Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI
Herr Ronald Preuß, AD-Stadtratsfraktion
Frau Manuela Tschök-Engelhardt, Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Julia Bombien, SPD-Fraktion
Herr Dieter Jörg List, benannt von der Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen
Herr Dr. Dieter Füsslein, FDP-Fraktion

in den Aufsichtsrat der Städtischen Theater Chemnitz gGmbH gemäß § 98 Abs. 2 Satz 2 i. V. m. § 42 Abs. 2 Satz 4 SächsGemO im Benennungsverfahren entsprechend dem ermittelten Stärkeverhältnis der Fraktionen.

6.15 Systemfestlegung für Leichtverpackungen
Vorlage: B-034/2021 Einreicher: Dezernat 3/ASR

Es wurde eine Änderung der Verwaltung sowie ein Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion ausgereicht. Zum Änderungsantrag wurde zudem eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

Herr Stadtrat Marschner (CDU-Ratsfraktion) führt aus, dass der ASR die Probleme der Abholzyklen beheben konnte, in dem dieser mehr Tonnen zur Verfügung stellte. Das löse aber das Problem nicht in Gänze. Einigen fehle es an Platz und in warmen Monaten komme es zu hygienischen Problemen sowie Geruchsbelästigungen. Daher komme es dazu, dass Leichtverpackungen bei zu wenig Platz in der gelben Tonne in den Restmüll geworfen werden. Derzeit komme es aufgrund der Pandemie zu mehr Müllaufkommen. Seine Fraktion strebe eine Rückkehr zum 14-tägigen Entsorgungsrhythmus an. Sollte der Wunsch in Teilen der Randgebiete nicht mehr bestehen, könne man diese wieder herausnehmen. Er führt fort, dass zudem die Ungleichheit gegenüber anderen Stadtgebieten nicht begründet werden könne.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) regt an, über einen Abholrhythmus von drei Wochen nachzudenken. Er bringt einen Änderungsantrag mit einem Rhythmus von 21 Tagen ein, um eine Auswahl zu schaffen.

Herr Stadtrat Siegel (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) erklärt, dass es diese Diskussion seit mehreren Jahren in verschiedenen Gremien gebe. In dieser Zeit gab es auch Feldversuche und Untersuchungen, wodurch er nicht verstehe, wie dieses Thema immer wieder von vorn behandelt werden könne. Ihn habe die Praxis davon überzeugt, dass der Rhythmus funktioniere. Durch die Pandemie habe man zwar ein größeres Aufkommen bei Pappe und Papier, jedoch nicht bei der gelben Tonne. Die Tendenz sei rückläufig. Bei Problemen konnte der ASR immer entsprechend reagieren. Seine Fraktionsgemeinschaft ist gegen eine Änderung.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, dass die Vorschläge der CDU-Ratsfraktion und der AfD-Stadtratsfraktion mehr Geld kosten würden, weshalb ihn eine mögliche Deckungsquelle interessieren würde. Die mangelnde Vermittlung seitens der Verwaltung und des ASR würde zu einer Verunsicherung beitragen. Ihm sei kein Fall auf dem Hexenberg in Grüna bekannt, bei dem die Entsorgung nicht funktioniere. Einzelfälle könne es geben. Um diese Fälle werde sich dann aber auch gekümmert. Er führt fort, dass die Ortsvorsteher aus Grüna und Mittelbach mitteilten, dass es in den Ortschaften gelegentlich nur zu Geruchsproblemen komme. Das solle geändert werden.

Frau Stadträtin Meyer (SPD-Fraktion) fragt nach der Intension des Änderungsantrages. Wenn der Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion beschlossen werden würde, könne die Rahmenforderung von dem Dualen System beklagt werden. Die rechtliche Problematik werde hier außer Acht gelassen.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) sagt, dass in einigen Ortschaftsrats-sitzungen klar wurde, dass nicht alle mit dem Rhythmus einverstanden seien. Zu den Kosten merkt er an, dass es bereits einen 14-tägigen Rhythmus gab, zudem man nun zurückkehre und die Chemnitzer nicht mehr bezahlen müssten.

Herr Stadtrat Boden (AfD-Stadtratsfraktion) schildert, dass er vor der Leerung der Berbisdorfer Straße diese abgefahren sei und die Leerung beobachtet habe. Dabei seien viele Tonnen offen gewesen und es lagen Säcke neben den Tonnen. Im Sommer würde das zu einem hygienischen Problem werden.

Frau Stadträtin Rabe (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen) sagt, dass die Entsorgung auf dem Hexenberg ein Problem darstelle. Sie ist Mitglied im Ortschaftsrat Grüna und schildert, dass es in den Sitzungen immer wieder große Aufregungen über dieses Thema gebe, weil die Bewohner des Hexenberges gezwungen seien, ihren Müll anderweitig zu entsorgen. Die Aussagen von Herrn Stadtrat Herrmann seien nicht richtig.

Frau Stadträtin Tschök-Engelhardt (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Abstimmung über den Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(30 Ja-Stimmen, 27 Nein-Stimmen,
2 Enthaltungen)

Die Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion ist somit obsolet.

Beschluss B-034/2021

Der Stadtrat der Stadt Chemnitz beschließt:

Die Systemfestlegung für Leichtverpackungen wird gemäß Anlage 3 mit nachfolgenden Änderungen beschlossen und tritt am 01.01.2022 in Kraft.

Punkt 1 (Änderung)

- In der Anlage 3, Anlage 3, Seite 1 zu B-034/2021 wird unter I. Private Haushalte, Unterpunkt Abfuhrhythmus Nr. 1 wie folgt geändert:
 - Im Stadtrandgebiet gemäß IV.5. 24.250 MGB 120/240 Liter und 1.130 MGB 1,1m³ in der Regel alle 14 Tage.
- In der Anlage 3, Seite 2 zu B-034/2021 wird bei der Systemfestlegung unter II. Vergleichbare Anfallstellen nach § 3 Abs.11 VerpackG die Nummer 3 geändert:
 - 865 MGB 240 I und 580 MGB 1.100 I alle 14 Tage
- In der Anlage 3, Seite 3 zu B-034/2021 wird bei den Systemfestlegungen der Punkt 5 wie folgt geändert:
 - Wohn- und Stadtrandgebiete im 2-wöchentlichen Rhythmus

Punkt 2

Der ASR wird beauftragt, zur nächsten Ausschreibung mit dem Dualen System einen 14-tägigen Abholrhythmus für Leichtverpackungen auszuhandeln.

- 6.16 Nahverkehrsplan Teil B-I Stadt Chemnitz als Bestandteil des Nahverkehrsplans des ZVMS für den Nahverkehrsraum Chemnitz/Zwickau 2021-2025
Vorlage: B-033/2021 Einreicher: Dezernat 6/Amt 66
-

Herr Stadtrat Schinkitz (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/DIE PARTEI) führt aus, dass das Ziel Mobilität für alle sei, was nur durch den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) möglich wäre. Die schwierige Situation werde auch durch den Entwurf des Mobilitätsplans 2040 und den ambitionierten und prioritären Strategien zum ÖPNV verdeutlicht. Mit der Erweiterung der Ziele von „Chemnitz 2017 +“ wie die Verlängerung des Tagestaktes und Einführung der Ringbuslinie wurde der richtige Weg gegangen. Die verstärkte Angebotsorientierung müsse bezahlt werden. Es lege am Stadtrat als Aufgabenträger des ÖPNV in der Fortschreibung des Nahverkehrsplans dargestellten Maßnahmen zu beschließen und finanziell zu untersetzen. Seine Fraktionsgemeinschaft werde der Vorlage zustimmen und den finanziellen Bedarf in der Haushaltsdiskussion einfordern.

Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion) schildert, dass die Vorlage für Chemnitz wichtig sei, da der ÖPNV nur vernetzt funktioniere. Grundlage sei ein langer Diskussionsprozess mit dem Ziel den ÖPNV für die Bürger zu verbessern. Die Vorlage enthalte das Machbare und zeige Perspektiven auf. Er dankt im Namen seiner Fraktion allen beteiligten Akteuren und fort, dass die CVAG hinsichtlich der Bürgerbeteiligung einen guten Weg gehe. Die Ringbus- und Nachtbuslinien sollen ausgebaut und mehr Angebote geschaffen werden. Dafür müssen die Finanzbeziehungen geklärt werden.

Herr Oberbürgermeister Schulze erinnert an das Tragen der Mund-Nasen-Bedeckung.

Beschluss B-033/2021

Der Stadtrat beschließt:

1. die Weitergabe des Teil B-I Stadt Chemnitz entsprechend Anlage 3 zur Erstellung des Nahverkehrsplanes für den Nahverkehrsraum Chemnitz/Zwickau an den Zweckverband Verkehrsverbund Mittelsachsen (ZVMS).
2. die weitere Umsetzung des in Anlage 3 verankerten „Angebotsnetzes 2017+erweitert“.
3. die Ermächtigung der Verwaltung, im Rahmen eines Volumens von 10 % der Leistungen des in Punkt 2 beschlossenen „Angebotsnetzes 2017+erweitert“ operative Änderungen am Leistungsangebot vorzunehmen. Die Änderungen müssen finanziell gesichert sein. Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität ist über erfolgte Änderungen zu informieren.
4. die „Bausteine 2020+“ als Grundlage für die strategische Entwicklung des Chemnitzer Busnetzes. Vor der konkreten Umsetzung des jeweiligen Bausteines der Maßnahmen 2020+ ist dem Stadtrat eine Entscheidungsvorlage, die auch die finanzielle Untersetzung abbildet, vorzulegen.

5. das strategische Straßenbahnnetz 2030+ als Grundlage für die langfristige Erweiterung des Chemnitzer Straßenbahnnetzes.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

- 6.17 Aufhebung des Beschlusses BA-018/2014 vom 21. Mai 2014
Vorlage: B-191/2020 Einreicher: Dezernat 5/Amt 52
-

Herr Stadtrat Schinkitz (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zeigt seine Befangenheit an und verlässt den Sitzungsbereich.

Es gibt keinen Handlungsbedarf.

Beschluss B-191/2020

Der Stadtrat beschließt den Beschluss BA-018/2014 vom 21. Mai 2014 vollständig aufzuheben und die Ausreichung der kommunalen Sportfördermittel uneingeschränkt als kommunale Aufgabe auf der Grundlage der Sportförderrichtlinie fortzuführen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

- 6.18 Entwicklungsszenario für die Entwicklung der ehemaligen Stadtwirtschaft am südlichen Sonnenberg zum Kreativhof „Die Stadtwirtschaft“ (Interventionsfläche Kulturhauptstadt im Sanierungsgebiet Sonnenberg)
Vorlage: B-174/2020 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Es wurde ein Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie ein Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion ausgereicht.

Herr Oberbürgermeister Schulze informiert, dass die Stadt heute einen Fördermittelbescheid über 660.000 Euro erhalten habe.

Die Pläne für die zukünftigen Interventionsflächen der Stadt im Zuge der Kulturhauptstadt stimmen **Frau Stadträtin Bombien (SPD-Fraktion)** optimistisch. Mit dem heutigen Beschluss könne für die Entwicklung der ehemaligen Stadtwirtschaft auf dem Sonnenberg ein weiterer Schritt der Verwirklichung der Umsetzung gegangen werden und gezeigt werden, dass man hinter dem Projekt der Kulturhauptstadt stehe. Der Innovationsgrad eines soziokulturellen Projektes mit Funktionen eines Stadtteilzentrums hänge auch von der Einbindung zivilgeschäftlicher Akteure ab. Profiteure seien dann beide Seiten. Ihre Fraktion werde den Änderungsanträgen der CDU-Ratsfraktion und der Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen.

Herr Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion) erklärt, dass seine Fraktion einen Änderungsantrag eingereicht habe, da die Vorlage einer Konkretisierung bedarf, um mehr Transparenz zu schaffen. Wichtig sei auch, dass den Bestandsmietern die Angst der Verdrängung genommen werde. Eine professionelle Organisation im Hintergrund stelle eine gute Lösung dar, um alle Beteiligten einzubinden und offen zu sein.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) teilt mit, dass seine Fraktionsgemeinschaft sich immer für das Projekt ausgesprochen habe und den Änderungsanträgen der CDU-Ratsfraktion und der Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen werde.

Herr Stadtrat Wegert (AfD-Stadtratsfraktion) sieht die Kreativwirtschaft als etwas, bei dem Arbeitsprozesse auf Dauer auf öffentliche Zuschüsse angewiesen seien. Es würden Projekte in Szene gesetzt werden, welche weder wirtschaftlich noch innovativ seien. Die Skizzierung eines Eventhofes skizziere einen gedankenlosen Umgang mit dem benachbarten Wohngebiet. Die Überlassung der Gebiete unterhalb der marktüblichen Preise verstoße gegen das Haushaltsrecht, was einer Überprüfung nicht standhalten würde. Zu erwarten sei damit ein finanzielles und verwaltungsorganisatorisches Desaster. Seiner Meinung nach, solle man das Projekt beenden und das gesparte Geld in die Sanierung der Talsperre Euba investieren.

Frau Stadträtin Weyandt (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sieht die Kreativwirtschaft als wichtigen Wirtschaftsfaktor. Mit diesem Projekt sei die Stadt auf der Zielgeraden der Kulturhauptstadt sowie der Wirtschaftsentwicklung.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (FDP-Fraktion) sagt, dass seine Fraktion die Vorlage begrüße und den Änderungsanträgen zustimmen werde.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) wirbt für die Annahme der Änderungsanträge. Er bittet um eine präzise Darlegung des Begriffes „marktüblich“. Die Lücke zwischen einem marktüblichen und erzielbaren Preis sei die Leistung des Gemeinwesens. Dafür gebe es den Zuschuss, was für die Stadt dann kostendeckend sei. Es handle sich dann um einen einmaligen Zuschuss, welcher über Jahre verteilt werde.

Herr Stadtrat Andres (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen) sagt, dass hier finanzielle Mittel verschwendet werden würden und die Leute, die dort einziehen selbst zahlen könnten. Kultur existiere auch ohne diese Hilfe. Seine Fraktion werde die Vorlage ablehnen.

Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion) entgegnet, dass mit solchen Aussagen der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt Chemnitz geschadet werde. Bei der Kultur- und Kreativwirtschaft werde über die momentan am stärksten wachsende Branche gesprochen. Dieses Projekt werde gebraucht, um die Entwicklung der Stadt weiter nach vorn zu bringen.

Herr Stadtrat Gintschel (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) sagt, dass bei Betrachtung der Aussagen der AfD-Stadtratsfraktion und der Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen im Ganzen viele Projekte eingestellt werden müssten, da diese nur mit kommunalen Zuschüssen den Auftrag der Schaffung von Kultur erfüllen können. Man wolle sich ein breites kulturelles Leben in der Stadt leisten.

Frau Stadträtin Tschök-Engelhardt (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte.

Herr Stadtrat Andres (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen) spricht gegen den Antrag, da noch nicht alles gesagt sei.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Herr Oberbürgermeister Schulze informiert, dass es sich bei dem Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion um einen Alternativantrag zur Beschlussvorlage handelt. Anschließend werde der Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft BÜDNNIS 90/DIE GRÜNEN zur Abstimmung gestellt.

Abstimmung über den Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft BÜDNNIS 90/DIE GRÜNEN

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Beschluss B-174/2020

Der Stadtrat beschließt:

1. Der Stadtrat beschließt das Entwicklungsszenario gem. Anlage 3 für die Entwicklung der ehemaligen Stadtwirtschaft am südlichen Sonnenberg zum Kreativhof „Die Stadtwirtschaft“ als Fortschreibung der Stadtumbau- und Sanierungsziele und als Grundlage für das Verwaltungshandeln.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, alle weiteren Schritte zur Umsetzung des Szenarios in den Entwicklungsphasen gemäß dem Zeitplan aus Anlage 3, Pkt. 6.1 des Szenarios einzuleiten und dafür geeignete Projektstrukturen zu planen und dem Stadtrat vorzulegen.
3. Die Verwaltung sichert eine umfassende Beteiligung der vorhandenen und künftigen Nutzer am Standort sowie der Bewohner des umliegenden Quartiers am Sonnenberg nach dem in Anlage 2, Abschnitt 6.9 der Begründung vorgeschlagenen Verfahren. Sollte eine Nutzungsaufgabe von Bestandsmietern aus öffentlichem Interesse unvermeidbar sein, sind geeignete Unterstützungsangebote der Stadt in Einbeziehung der CWE und des Stadtteilmanagers Wirtschaft im rechtlich gebotenen Rahmen zu unterbreiten.
Bestandsmieter und zahlende Mieter sind vorrangig zu behandeln.
Der Stadtrat ist in geeigneter Weise über die Ergebnisse der Beteiligung vor Aufgaben bisheriger Nutzungen zu informieren.
4. Die Mittel sind nach den Förderzusagen für die einzelnen Gebäude mit Nutzung aufzustellen und dem Stadtrat vorzulegen.
5. Die Umsetzung des Entwicklungsszenarios Phase 1 und 2 und der darin enthaltenen Teilmaßnahmen erfolgt soweit möglich im Zeitraum 2020 bis 2026 unter dem Vorbehalt der Bereitstellung von Haushalt- und Fördermitteln.
6. Die Stadt stellt die Gebäude, Räume und Freiflächen bei Neuabschluss von Verträgen den im Szenario vorgeschlagenen Nutzergruppen kostengünstig unterhalb der marktüblichen Mietpreise bereit. Die begünstigten Mietverträge sind zeitlich zu befristen und sollen in kostendeckende Mietverträge überführt werden.

7. Der Stadtrat unterstützt die Einreichung eines Projektantrages für das Vorhaben zum Projekt-aufruf des Bundes für „Nationale Projekte des Städtebaus“.
8. Im Falle der Gewährung eines Zuschusses an eine nutzergetragene Betreiber-gesellschaft ist ein gesonderter Beschluss vorzulegen. Der Zuschuss ist zeitlich zu befristen.
9. In der Betreibergesellschaft „Stadtwirtschaft“ ist eine kommunale Mehrheit zu si-
chern.

- 6.19 1. Baubeschluss nach DA 6001 zum Ausbau des Premiumradweges Wüstenbrand -
Küchwald, Bauabschnitt 3.0 von Kalkstraße bis Rudolf-Krahl-Straße
Vorlage: B-035/2021 Einreicher: Dezernat 6 / Tiefbauamt
-

Es gibt keinen Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-035/2021

Der Stadtrat beschließt den Ausbau des Premiumradweges Wüstenbrand -
Küchwald, Bauabschnitt 3.0 von Kalkstraße bis Rudolf-Krahl-Straße entsprechend
der Anlage 2 unter dem Vorbehalt des Erlasses der Haushaltsatzung 2021/2022 so-
wie der Bewilligung von Fördermitteln bis zur Submission.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

- 6.20 1. Baubeschluss für Hochbaumaßnahmen 2021
Vorlage: B-029/2021 Einreicher: Dezernat 6/SE 17
-

Es gibt keinen Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-029/2021

Der Stadtrat beschließt die Bauausführung der Hochbaumaßnahme Sanierung
Sporthalle der Georg-Weerth-Oberschule gemäß Anlage 4 vorbehaltlich der Förder-
mittelbewilligung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt

- 7 Informationsvorlagen
-

- 7.1 Aufnahme von minderjährigen Geflüchteten aus Griechenland in Chemnitz 2021
Vorlage: I-012/2021 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51
-

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 7.2 Berichterstattung über die durchgeführten Prüfungen des Rechnungsprüfungsam-
tes im Zeitraum 01.07.2020 bis 31.12.2020
Vorlage: I-013/2021 Einreicher: Oberbürgermeister/Amt 14
-

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 7.3 Baustellenkoordinierung im Hauptstraßennetz 2021
Vorlage: I-014/2021 Einreicher: Dezernat 6/Amt 66
-

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 7.4 gemeinsamer Tätigkeitsbericht der Beauftragten des Dezernates 5 - Legislatur
2014 - 2019
Vorlage: I-015/2021 Einreicher: Dezernat 5/Amt 50/ Amt 51
-

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 7.5 Jahresbericht der Unfallkommission der Stadt Chemnitz 2020
Vorlage: I-019/2021 Einreicher: Dezernat 6/Amt 66
-

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

8 Beschlussanträge

- 8.1 Straßenreinigung in den eingemeindeten Ortschaften
Vorlage: BA-002/2021 Einreicher: AfD Stadtratsfraktion Chemnitz
-

Es wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

Herr Stadtrat Boden (AfD-Stadtratsfraktion) erklärt, dass den Ortschaften bei der Eingemeindung eine aktive Mitbestimmung versprochen worden sei. Aus Sicht seiner Fraktion hätten die Ortschaftsräte bei der Straßenreinigungssatzung von Beginn an einbezogen werden sollen. In vielen Ortschaften gebe es den Wunsch eines vierwöchigen Reinigungsrythmus. Des Weiteren sollten Grad und Umfang der Einbeziehung der forstwirtschaftlich genutzten Flächen überprüft und die Ortschaftsräte grundsätzlich bei der Erarbeitung von Satzungsänderungen umfangreicher eingebunden werden.

Herr Stadtrat Siegel (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) sagt, dass die Ortschaftsräte zu dem Thema einbezogen gewesen wären. Der Reinigungszyklus sei umfassend geprüft worden. Auf diesem Gebiet gebe es verschiedene Meinungen, welche abgewogen werden müssen. Die Umstellung des Reinigungszyklus sei von den Ortschaftsräten ausgegangen, welche auch so bleiben solle. Zu diesem Thema werde man keine einheitliche Meinung erhalten. Er führt fort, dass es eine AG Straßenreinigung gebe, in der alle Ortschaftsräte und weitere Akteure vertreten seien. Dabei sei die Teilnahme nicht immer hoch. Seine Fraktionsgemeinschaft ist der Auffassung, dass der Prüfauftrag nicht notwendig sei und werde daher den Beschlussantrag ablehnen.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, dass seine Fraktionsgemeinschaft dem Antrag nicht zustimmen werde. Anlass für den Unmut sei, dass die Ortschaften sich bei der letzten Änderung der Satzung ignoriert sahen. Bei der nächsten Anpassung der Satzung werde wieder die AG Straßenreinigung tagen und die Ortschaftsräte einbezogen werden. Er macht deutlich, dass in Ortschaften eine gute Auseinandersetzung mit den Themen stattfinde. Die Dinge, die berechtigt Unmut erzeugen, sollen mit dem ASR konstruktiv besprochen werden.

Herr Stadtrat Leistner (CDU-Ratsfraktion) führt aus, dass die Ortschaftsräte durch die AG Straßenreinigung einbezogen wurden. Bis Ende des Monats könne zu einem Modellversuch Hinweise eingereicht werden. Dieser Weg sollte weiterhin gegangen werden.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) sagt, dass die letzte AG im März des vergangenen Jahres stattgefunden habe. Es gehe darum, wie die Ortschaften sachlich mitwirken und ihren Sachverstand einbringen können. Die Ortschaften sollten in der Vorberatung einbezogen werden.

Frau Stadträtin Rabe (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen) betont, dass sich die Mehrzahl der Ortschaften für den Beschlussantrag ausgesprochen haben. Sie sagt, dass sich der Ortsvorsteher von Grüna bei der Abstimmung enthalten habe.

Herr Stadtrat Boden (AfD-Stadtratsfraktion) sagt, dass es von einigen Akteuren noch eine Stellungnahme geben werde.

Herr Stadtrat Siegel (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) macht nochmals deutlich, dass die Ortschaften seit 2018 bei dem Thema Straßenreinigung einbezogen wurden. Er bittet darum, sich damit zu befassen, was bereits alles getan wurde. Es werde immer unterschiedliche Meinungen geben und Mehrheitsbeschlüsse gefasst werden.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) weist darauf hin, dass es weiterhin einen Unmut gebe. Seitens der Stadt sei verbindlich zugesichert worden, dass die Ortschaften in der AG Straßenreinigung einbezogen werden.

Frau Saborowski (CDU-Ratsfraktion) stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Abstimmung über den Beschlussantrag

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Herr Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion) erklärt sein Abstimmungsverhalten. Der Beschlussantrag sei abzulehnen, da es sich um einen Prüfauftrag handele, welcher keine neuen Erkenntnisse bringe.

- Sitzungspause von 19:30 Uhr bis 19:48 Uhr -

Beschlussvorschlag BA-002/2021

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die aktuellen Regelungen der Straßenreinigungssatzung in Einklang mit den Eingemeindungsverträgen und den sonstigen getroffenen Vereinbarungen und Zusagen bezüglich der nach 1990 eingemeindeten Ortschaften stehen.

Ergänzend sollen ortschaftsspezifische Belange hinsichtlich der Straßenreinigung geprüft werden.

Im Ergebnis sind Vorschläge für eine Überarbeitung der aktuellen Satzungsregelungen abzuleiten, soweit dies geboten erscheint.

Hierzu sind Abstimmungen mit den Ortschaftsräten zu organisieren und über das Ergebnis ist im II. Quartal eine Beratungsvorlage dem Stadtrat vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

- 8.2 Fairtrade-Town Chemnitz - Nachhaltige Beschaffung ermöglichen
Vorlage: BA-010/2021 Einreicher: AfD Stadtratsfraktion Chemnitz
-

Es wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

Herr Stadtrat Franke (AfD-Stadtratsfraktion) geht auf den im Jahr 2017 gefassten Beschluss ein. Seitdem sei wenig passiert. Die Stadt könne mit der Umsetzung des Beschlussantrages eine große Wirkung hin zu den Bürgern erreichen und ein Zeichen setzen. Trotz der Pandemie dürften nicht die Bedingungen in den Ländern vergessen werden, welche unter schlechten Bedingungen billige Massenware produzieren würden. Fair gehandelte Waren sorgen in diesen Ländern für fairere Löhne und bekämpfen langfristig Hunger und Armut. Im Jahr 2025 als Kulturhauptstadt sei das ebenfalls ein gutes Zeichen nach außen.

Frau Stadträtin Furtenbacher (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, dass ihre Fraktionsgemeinschaft den Antrag ablehne, da man schon einen Schritt weiter sei. Eine faire Beschaffung sei möglich, was der ASR zeige. Bei dem Beschlussantrag ihrer Fraktionsgemeinschaft zu fair gehandelten Sportbällen wurde gesagt, dass keine Einzellösungen geschaffen werden sollen. Inzwischen wurden Vorschläge für eine Dienstanweisung erarbeitet, um die Handlungsspielräume der Stadt zu nutzen. Das sei der Weg, der durch den Stadtrat vor ca. einem Jahr beschlossen wurde.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) bittet Frau Stadträtin Furtenbacher ihren in der gestrigen Sitzung des AGENDA-Beirates genannten Grund der Ablehnung zu nennen.

Frau Stadträtin Furtenbacher (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) entgegnet, dass sie die Gründe für die Ablehnung gerade ausgeführt habe und sie den Antrag der AfD-Stadtratsfraktion auch ablehnen würden, da ihre Fraktionsgemeinschaft Anträge von Fraktionen, die eine offen rassistische, sexistische und menschenverachtende Programmatik vertrete, generell ablehne.

Beschlussvorschlag BA-010/2021

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwieweit Beschaffungen textiler Ausstattungen so gestaltet werden können, dass Lieferungen unter der Maßgabe „Fairer Handels“ bezogen werden.

Dabei sind alle Beschaffungsstellen der Stadt einzubeziehen und Bedarfe dahingehend zu prüfen, ob die Beschaffung üblicherweise aus Quellen erfolgt, bei welchen die begründete Vermutung besteht, dass unfaire Handelsbedingungen vorliegen.

Auf der Basis des „Leitfadens der Bundesregierung für eine nachhaltige Textilbeschaffung“ ist zu untersuchen, inwieweit die Beschaffungssysteme so gestaltet werden können, dass über Ausschreibungskriterien „Fairer Handel“ sichergestellt wird.

Darüber hinaus ist zu prüfen, inwieweit über die Umsetzung von Kriterien für nachhaltige Beschaffungen (Fairer Handel) ein jährlicher Fortschrittsbericht als zweckdienliches Instrument einer Prozessevaluation erstellt werden sollte.

Über das Ergebnis der Prüfung ist dem Stadtrat im III. Quartal 2021 eine Informationsvorlage vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

- 8.3 Fraktions-Stellungnahmen im Amtsblatt
Vorlage: BA-011/2021 Einreicher: Ratsfraktion PRO CHEMNITZ
-

Es wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

Herr Stadtrat Martin Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen) führt aus, dass das Amtsblatt ein Propagandaorgan des Oberbürgermeisters sei. In anderen Städten hätten Fraktionen die Möglichkeit, sich zu aktuellen Themen zu äußern. Die Bürger hätten ein Recht auf ein breiteres Meinungsspektrum.

Beschlussvorschlag BA-011/2021

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, den Fraktionen im Amtsblatt jeweils Raum für eigene Beiträge zur Verfügung zu stellen

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

- 8.4 Nutzung von Potentialflächen als Gewerbestandorte
Vorlage: BA-013/2021 Einreicher: CDU-Ratsfraktion; SPD-Fraktion
-

Es wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht und ein gemeinsamer Änderungsantrag der FDP-Fraktion und der Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Herr Stadtrat Detlef Müller (SPD-Fraktion) erklärt, dass mit dem Antrag das sich in Arbeit befindenden Gewerbeflächenkonzept präzisiert werden solle und konkreter auf einzelne Straßen eingegangen werde. Der zweite Punkt des Änderungsantrages lenke den Beschlussantrag in eine andere Richtung. Seine Fraktion spreche über vorhandene Gewerbeflächen. Er bittet darum, den Änderungsantrag abzulehnen.

Herr Dr. Füsslein (FDP-Fraktion) schildert, dass an der Annaberger Straße Planungsprozesse laufen würden und keine Ergebnisse gesehen werden. Es solle sich auf die Annaberger und Zwickauer Straße konzentriert werden, um Unternehmen anzusiedeln. Vor den Grünflächen sollen die Brachflächen verwendet werden. Seine Fraktion werde dem Beschlussantrag zustimmen.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) sagt, dass nicht noch einmal beschlossen werden solle, was vor zwei Jahren bereits getan wurde. Im Jahr 2019 wurde der CWE der Auftrag gegeben ein Gewerbeflächenkonzept zu erarbeiten. Dieses sei fertig und soll im April beraten werden. Wenn der Beschlussantrag eine Mehrheit finden würde, wäre das Konzept nicht zu nutzen und die Unsicherheit der Gewerbetreibenden an gewissen Standorten gegeben. Er appelliert an den Einreicher, den Beschlussantrag nach der Beratung des erarbeiteten Konzepts für eventuelle Nachbesserungen einzubringen. Seine Fraktionsgemeinschaft werde den Antrag ablehnen.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) führt aus, dass aus vergangenen Diskussionen ersichtlich geworden sei, dass die CWE die privaten Flächen nicht mit auf dem Schirm habe. Aus diesem Grund müsse das aufgegriffen werden. Des Weiteren werden immer mehr Flächen versiegelt. Ohne ein Fördersystem werde dahingehend nichts erreicht. Er wirbt für den Änderungsantrag.

Herr Stadtrat Boden (AfD-Stadtratsfraktion) erklärt, dass die Gewerbeflächen entlang der Annaberger Straße in privater Hand seien. Er fragt, welche Möglichkeit mit dem Beschlossenen bestehe und ob es eine rechtliche Grundlage gebe.

Herr Bürgermeister Stötzer antwortet, dass die Stadt Chemnitz entlang der Annaberger Straße nicht viele Grundstücke habe. Diese sechs Grundstücke werden derzeit von Autofirmen genutzt. Diese könnten gekündigt und eine andere Ansiedlung vorgenommen werden. Danach müsse über Ankäufe nachgedacht werden.

Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion) stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte.

Herr Stadtrat Andres (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen) spricht gegen den Antrag. Er sagt, dass die Anträge auf Abbruch der Debatte ausufern und das nicht Sinn der Sache sei, da die Meinungen bis zum Ende ausgetauscht werden sollen.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Abstimmung über den gemeinsamen Änderungsantrag der FDP-Fraktion und der Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschluss BA-013/2021

Die Stadtverwaltung wird beauftragt:

1. die von der CWE im Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität angekündigte komplette Auflistung potentieller Gewerbestandorte für das gesamte Stadtgebiet den Stadträtinnen und Stadträten zur Verfügung zu stellen. Diese Auflistung soll Arbeitsgrundlage für das weitere Vorgehen bei der Eruierung und Erschließung geeigneter Gewerbeflächen im gesamten Stadtgebiet sein.
2. eine Auflistung als Gewerbestandorte nutzbarer Grundstücken in kommunalem Eigentum bzw. Eigentum der kommunalen Beteiligungen bzw. Eigengesellschaften entlang der Annaberger Straße und der Zwickauer Straße inklusive Grundstücke in der 2. Reihe zu erstellen, die für Bereitstellung und zukünftige gewerbliche Nutzung geeignet sind.
3. in der Auflistung unter Punkt 2 den Erschließungsgrad und mögliche Parzellierungen anzugeben.
4. den potentiellen Aufwand einer finalen Erschließung mit dem Ziel der gewerblichen Nutzung aufzuführen, indem Informationen innerhalb der SVC beziehungsweise den Anbietern technischer Medien (bspw. Telekommunikationsanbindung, Abwasseranbindung usw.) einzuholen. (ebenfalls Bezug zu Punkt 2)
5. bei Miet- und Pachtliegenschaften das Ende der jeweiligen Vertragslaufzeit anzugeben. (ebenfalls Bezug zu Punkt 2)
6. für die vorgenannten Flächen und deren Bebauung die zulässigen Arten der baulichen Nutzung anzugeben. (ebenfalls Bezug zu Punkt 2)
7. die Auflistung mit den vorgenannten Inhalten als Beratungsvorlage zu erstellen und in allen dazugehörigen Fachausschüssen zu beraten. Die Beratungsfolge soll im III. Quartal 2021 beginnen. (ebenfalls Bezug zu Punkt 2)
8. als nächste Priorität analog der Beschlusspunkte 1-6 zunächst die Limbacher Straße und Neefestraße und daran anschließend Dresdner und Frankenberger Straße zu betrachten.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

(31 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen

3 Stimmenthaltungen)

- 8.5 Stabilisierung des Kernbereiches der Chemnitzer Innenstadt, der Visitenkarte des Oberzentrums Chemnitz
Vorlage: BA-014/2021 Einreicher: FDP-Fraktion, CDU-Ratsfraktion
-

Es wurde eine Stellungnahme der Verwaltung und eine Änderung des Einreichers ausgereicht.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (FDP-Fraktion) erklärt, dass über die Hälfte der Unternehmer in der Innenstadt aufgrund der Pandemie schließen könnten. Er nennt weitere Beispiele für die verheerende Lage der Innenstadt. Die Basis seiner Schilderungen bilden die Frequenzmessungen der Besucher. Es wurde nicht geschafft, Kunden aus dem Umland für die Innenstadt zu gewinnen, obwohl die

Voraussetzungen dafür optimal seien. Im Beschlussantrag werden deshalb kurz- sowie langfristige Maßnahmen vorgeschlagen. Er geht auf die kurzfristigen Maßnahmen zur Erhöhung der Besucherfrequenz ein. Dafür werde Sauberkeit, Sicherheit und Ordnung benötigt. Außerdem solle mit den Akteuren gesprochen werden oder auch mit der CVAG über mögliche Kostensenkungen am Wochenende. Es sei des Weiteren nicht glücklich, dass genau jetzt das Parkraumkonzept umgesetzt werde. Abschließend sagt er, dass für langfristige Maßnahmen in den Ausschüssen Ideen gefunden werden müssen.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) teilt mit, dass sich seine Fraktionsgemeinschaft der Stimme enthalten werde, weil zur Innenstadt mehr als Shopping gehöre. Dafür nennt er Beispiele. Seine Fraktionsgemeinschaft wolle ein vollumfängliches Innenstadtkonzept, was sich nicht nur auf das Shopping begrenze.

Herr Stadtrat Martin Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen) ist der Auffassung, dass die Pandemie ein Schwindel sowie von oben diktiert sei und zu dem Ladensterben führe. Das würde der Wirtschaft den Rest geben. Er fordert Herrn Oberbürgermeister Schulze auf, alles zu tun, damit Chemnitz aus der erfundenen Pandemie aussteige.

Frau Stadträtin Weyandt (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, dass in der jetzigen Situation nichts entschieden werden könne, was wirklich helfe. Aus diesem Grund könne ihre Fraktionsgemeinschaft dem Beschlussantrag nicht zustimmen. Es müsse die Eindämmung der Pandemie abgewartet werden.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) teilt mit, dass seine Fraktion dem Beschlussantrag zustimmen werde. Er führt fort, dass es vor einem Jahr einen Antrag zur Einführung einer „Brötchentaste“ gegeben habe, welcher abgelehnt wurde. Die Frage sei deshalb, warum erst jetzt und so kurzfristig reagiert werde. Er fände es gut, wenn der „Tag der Freuden“ in Chemnitz gefeiert werden könne um damit dem Handel ein positives Zeichen geben zu können.

Herr Oberbürgermeister Schulze erinnert aus gegebenem Anlass nochmals an das Tragen der Mund-Nasen-Bedeckung.

Herr Stadtrat Boden (AfD-Stadtratsfraktion) gibt zu bedenken, ob die Abschaffung der letzten kostenfreien Parkplätze der Sache dienlich sei.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (FDP-Fraktion) sagt, dass ein kurzfristiges Handeln unbedingt nötig sei und es eine „Brötchentaste“ gebe. In der Innenstadt gebe es ein Kurzeitelement, was in das Konzept eingearbeitet wurde. Der Parksommer und das Hutfestival seien Veranstaltungen, welche der Stadt helfen können. Die Bedrohlichkeit der Lage müsse erkannt werden.

Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion) wirbt für den gemeinsamen Änderungsantrag. Es brauche jetzt einen schnellen Eingriff, bevor es zu spät sei. Ein Zögern sei unverständlich.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) sagt erneut, dass es keine „Brötchentaste“ und kostenfreies Parken an Orten mit Parkautomaten gebe. Aus diesem Grund habe es bereits einen Antrag dafür gegeben.

Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion) stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

Beschluss BA-014/2021

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, zur Stabilisierung des Kernbereichs der Innenstadt einen Plan mit Sofortmaßnahmen für 2021 und mit Maßnahmen für die Jahresscheiben 2022-2025 zu erarbeiten, Entwicklungsperspektiven für den Kernbereich aufzuzeigen und dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität als Beratungsvorlage vorzulegen.
Termin für Sofortmaßnahmen: 30.06.2021
Termin für langfristige Maßnahmen: 30.09.2021
2. In der Vorlage ist darzustellen, inwiefern Unterstützungsprogramme des Bundes und des Freistaates für die Stabilisierung und Weiterentwicklung der Innenstadt genutzt werden können und welchen Beitrag die Stadt Chemnitz in diesem Zusammenhang, beispielsweise in Form eines Innenstadtfonds zur dauerhaften Unterstützung und Weiterentwicklung des Kernbereiches (A-Zentrum lt. Aktuellem Einzelhandels- Zentrenkonzept), leisten kann.
3. Die Anstrengungen und Vorschläge der Eigentümer und Mieter wichtiger Handelsimmobilien der Innenstadt sind in die Maßnahmenpläne einzubeziehen. Nutzungsoptionen für drohende Leerstände sind vorzuschlagen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt

- 8.6 Bürgerentscheid Talsperre Euba vs. Kreativhof „Die Stadtwirtschaft“ auf dem Sonnenberg
Vorlage: BA-015/2021 Einreicher: AfD Stadtratsfraktion Chemnitz
-

Es wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

Herr Stadtrat Dr. Dringenberg (AfD-Stadtratsfraktion) sieht den Zeitpunkt für eine unmittelbare Bürgerbeteiligung gekommen. Seine Fraktion habe bei der Kulturhauptstadtbewerbung bemängelt, dass die Bevölkerung nicht ausreichend beteiligt worden sei. Andere Aufgaben könnten unter den Projekten der Kulturhauptstadt leiden. Dafür nennt er Beispiele. Das sei auch bei der Talsperre Euba der Fall. Der Begriff des „Kreativhofes“ sei irreführend und das Vorhaben an sich den Bürgern weitgehend unbekannt. Was den Bürgern wichtig sei, könne durch einen Bürgerentscheid festgestellt werden. Die von der Verwaltung genannten Kosten würden der Abschreckung dienen. Die Durchführung des Bürgerentscheids parallel zu den Wahlen würde einen Bruchteil der angegebenen Mittel kosten. Die Entwickler des Kreativhofes würden dadurch nicht an ihrer Arbeit gehindert. Er führt fort, dass nicht zu verstehen sei, warum das Projekt zum Großteil durch öffentliche Gelder finanziert werde. Die Sanierung der Talsperre Euba könne das Thema der Kulturhauptstadt besser bedienen, wenn die Inhalte des Kulturhauptstadtprozesses kreativ weiterentwickelt werden. Im Bidbook könnten Veränderungen vorgenommen werden. Abschließend sagt **Herr Stadtrat Dr. Dringenberg**, dass bei einer Entscheidung für die Talsperre Euba die Eigenmittel der Stadt für den Kreativhof in diese umgeleitet werden können.

Herr Stadtrat Detlef Müller (SPD-Fraktion) stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte, da das Thema des Kreativhofes bereits ausführlich diskutiert worden sei.

Herr Stadtrat Andres (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen) spricht gegen den Antrag, da seine Fraktion noch nicht gesprochen habe.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt.

Beschlussvorschlag BA-015/2021

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, einen Bürgerentscheid gemäß § 24 Sächsische Gemeindeordnung über folgende Fragestellung durchzuführen:

„Soll beginnend mit dem Haushaltjahr 2021 die vollumfängliche Sanierung der Talsperre Euba anstelle der Errichtung des Kreativhofes „Die Stadtwirtschaft“ auf dem Sonnenberg durchgeführt werden?“

Ja/Nein“

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

9 Anfragen der Stadträtinnen und Stadträte

Herr Stadtrat Andres (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) fragt, wie oft der Impfstoff Astrazeneca in Chemnitz verimpft wurde, wie viele Zwischenfälle es in Chemnitz gab und welche Maßnahmen die Stadt ergreife, um eventuelle Blutgerinnsel bei den Probanden festzustellen.

Frau Stadträtin Juler (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/DIE PARTEI) möchte wissen wie der aktuelle Stand zum Konzept der Umsetzung der Istanbulkonvention sei, warum dieses noch nicht vorliege und wann das geschehen werde.

Herr Stadtrat Boden (AfD-Stadtratsfraktion) möchte zur Talsperre Euba wissen, wie die konkreten Auflagen und Voraussetzungen der Landesdirektion zum Bauablauf und zur Sicherung des vorhandenen Status seien.

Herr Stadtrat Martin Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen) möchte mit einer Aufgliederung nach den einzelnen Impfstoffen wissen, wie viele Todesfälle bzw. andere schwere Zwischenfälle es nach Impfungen gegeben hat.

Herr Stadtrat Boden (AfD-Stadtratsfraktion) fragt zum Stand Walter-Klippel-Straße, inwieweit die Anwohner davon in Kenntnis gesetzt wurden, dass auf Verlangen ein Anschluss zum Wasserbeseitigungskonzept ermöglicht werde.

- 10 Bestimmung von zwei Stadtratsmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich -
-

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden Herr Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion) und Herr Stadtrat Dr. Füsslein (FDP-Fraktion) bestätigt.

30.3.21
Datum
Schulze
Sven Schulze
Vorsitzender
des Stadtrates

31.3.21
Datum
Ulbrich
Ulbrich
Mitglied
des Stadtrates

12.04.21
Datum
Füsslein
Dr. Füsslein
Mitglied
des Stadtrates

23.03.21
Datum
Müller
Müller
Schriftführerin